

DIE

PLATYPUS REVIEW

- deutschsprachige Ausgabe -



WAS IST *DIE LINKE*?

eine Podiumsdiskussion mit Georg Fülberth, Thies Gleiss, Bernd Riexinger und Martin Suchanek

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER TOD DER LINKEN

Chris Cutrone

www.platypus1917.org/die-platypus-review/

21

Ausgabe #21 | September/Oktober 2022

WAS IST DIE LINKE?

Georg Fülberth, Thies Gleiss, Bernd Riexinger und Martin Suchanek

Am 13. Juni 2021 veranstaltete die Platypus Affiliated Society an der Goethe-Universität Frankfurt eine Podiumsdiskussion mit Georg Fülberth (DKP), Bernd Riexinger (DIE LINKE), Martin Suchanek (Gruppe ArbeiterInnenmacht) und Thies Gleiss (Antikapitalistische Linke, Strömung innerhalb der Linkspartei) zum Thema: „Was ist DIE LINKE?“.



Es folgt ein editiertes und gekürztes Transkript der Veranstaltung, die unter https://www.youtube.com/watch?v=OZZb7BZp_bY vollständig angesehen werden kann.

BESCHREIBUNG

Welches sind die ererbten Probleme und Aufgaben der Alten und Neuen Linken, die zur Gründung der Partei DIE LINKE führten? Welche Bedeutung hat DIE LINKE im Kampf für den Sozialismus und was sind die Lehren der letzten zwei Jahrzehnte für eine neue Generation von Sozialisten?

EINGANGSSTATEMENTS

Bernd Riexinger: Die Linkspartei ist ein Zusammenschluss aus der ehemaligen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG). Die PDS ist ein Überbleibsel aus dem zusammengebrochenen „Staatssozialismus“. Die WASG entstand aus einer Reaktion von Gewerkschaftlern – zu denen ich im Übrigen auch gehöre – und Sozialdemokraten auf die Agenda 2010 und die SPD unter Schröder, die nichts mehr mit einem politischen Arm für die Gewerkschaften zu tun hatte. Die Gewerkschaften standen mit dem Rücken an der Wand. Es gab in den 90er-Jahren eine extreme Kapitaloffensive zur Verschlechterung von Tarifverträgen und Sozialleistungen und zum Abbau des Sozialstaates. Als Reaktion auf diesen Angriff, der bei den Gewerkschaften eher zögerlich war, gab es aber doch breite Gegenbewegungen. Der Zusammenschluss zur Linkspartei baute auf dieser gesellschaftlichen Bewegung auf und war bewusst mit dem Ziel verknüpft, nicht einfach zwei Altparteien zusammenzuschließen, sondern eine neue sozialistische Partei, deutlich links von der SPD zu positionieren.

Die Linkspartei wurde als links-pluralistische Partei konzipiert, das heißt mit unterschiedlichen Strö-

mungen, Traditionslinien und Richtungen, die in innerparteilich-demokratischen Auseinandersetzungen um die Programmatik und Ausrichtung der Partei ringen müssen.

Dieses Projekt begann zwar mit einem großen Wahlerfolg, war 2006 jedoch noch keine wirklich entwickelte Partei. Von da an – und auch als ich 2012 Vorsitzender wurde – war es die Aufgabe, die Partei hinter den Wahlerfolgen her aufzubauen und zu entwickeln. Trotzdem ist es gelungen, nicht das Trennende und die Unterschiede in den Vordergrund zu stellen, sondern das Gemeinsame. Heute ist sie eine Partei, die jedes Mal über vier Millionen Stimmen bekommt, was in der deutschen Nachkriegsgeschichte außergewöhnlich ist.

Ein Problem der Partei ist, dass sie weit davon entfernt ist, eine ausgebaute, entwickelte Basis zu haben. Wir befinden uns in einem Aufbau- und Entwicklungsprozess. Im Selbstverständnis hat sich allerdings sehr viel getan. Aus einer Partei, die zu Beginn sehr auf Wahlen ausgerichtet war, ist eine Partei entstanden, die sich heute stärker als Kraft versteht, die sich außerparlamentarisch verankern muss und in sozialen, ökologischen und demokratischen Bewegungen als Akteur mitarbeitet – und gleichzeitig Klassenauseinandersetzungen in der gesamten Gesellschaft mit vorantreibt. Der Begriff der „verbindenden Klassenpolitik“, den ich geprägt habe, verweist darauf.

Wir haben uns an der Frage, was die Partei zum sozialistischen Gedankengut, also zum Sozialismus beitragen kann, programmatisch weiterentwickelt. Die Partei war am Anfang eine soziale Partei mit sozialdemokratischen Elementen, in der der Begriff der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt stand. Der Grundkonsens war, eine ganze Reihe von zentralen sozialen Forderungen mit der Forderung einer starken Umverteilung zu verbinden. Das bedeutet, dass Vermögende und Konzerne stärker besteuert werden sollen und wir mit kleinen Ansätzen auch Vergesellschaftungspositionen vertreten. Die Partei hat formuliert, dass sie eine stärker bewegungsorientierte Partei sein und natürlich auch in Wahlen bestehen will. Hinter dem etwas irrtümlichen Begriff „Infrastruktursozialismus“ steckt die Vorstellung, gegen die ganzen Privatisierungsmaßnahmen vorzugehen, den öffentlichen Sektor auszubauen und in Schlüsselbereichen den privaten Sektor zumindest mithilfe verschiedener – genossenschaftlicher, belegschaftseigener oder auch direkt öffentlicher – Eigentumsformen zu vergesellschaften. Das bedeutet in den Fragen von Investitionsentscheidungen und regionalen Wirtschaftsstrukturen einen direkten Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung mit dem Ausblick auf Selbstbestimmung.

Die konkreten sozialen Fragen und die Auseinandersetzungen darüber in der Partei sind bei Weitem nicht ausgestanden. Natürlich sieht man das jetzt auch in der Ökologie-Frage, welche im Kern eine Systemfrage ist. Aber ich glaube, in der Parteibasis ist es völliger Konsens, dass die verschiedenen Krisen, die wir heute

sehen – also soziale und wirtschaftliche hegemoniale Krisen – mit größerer Kriegsgefahr einhergehen und mit der Klimakrise zusammenhängen. Dementsprechend sollten sie auch von Linken zusammen bearbeitet werden, statt sich auf einzelne Sachen zu konzentrieren und zu beschränken, wie es einige Kräfte in der Linkspartei – etwa in Bezug auf Sozialstaat oder Friedenspolitik – vorschlagen. Man braucht einen gesellschaftlichen Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Elemente beinhaltet.

Trotz aller Unkenrufe ist die Linkspartei in der Frage der Friedenspolitik und der Frage der Aufrüstung stets völlig klar geblieben. Wir haben keinem einzigen Auslandseinsatz der Bundeswehr zugestimmt und jeden Versuch der Aufrüstung abgelehnt. Wir waren nicht stolz darauf, die Einzigen zu sein, aber wir sind stolz darauf, diese Position die ganzen 14 Jahre über gehalten zu haben und betonen sie auch jetzt in unserem Wahlprogramm.

Thies Gleiss: Die historische Situation der Linken oder der Arbeiterinnenbewegung war eine ganz konkrete Ausgangsbedingung, die wir uns nicht ausgesucht haben. Die Probleme, die wir zu lösen hatten, waren zum einen der Niedergang des SED-Sozialismusmodells. Das Erbe dieses Untergangs der III. Internationale war so gewaltig, dass in Deutschland, das bis dahin ein Mustermitglied in der NATO und bestes Beispiel der Westanbindung war, immerhin eine Partei mit 100.000 Mitgliedern übriggeblieben ist. Aus der Niederlage des Stalinismus kam also noch etwas Veritables hervor, mit dem wir fertig werden mussten.

Zum anderen kam die fast finale Niederlage der Parteien der II. Internationale, der SPD hinzu, die ihre Mitgliedschaft und ihre Anhängerschaft im Zuge ihrer Regierungsübernahme ab 1998 verlor.

Es gab außerdem die traumatische Erfahrung eines beträchtlichen Teils der 68er-Generation, die teilweise in hardcore-linken K-Gruppen sozialisiert worden sind. Sie versuchten – im Gegensatz zu den Jusos, dem Sozialistischen Bund (SB) oder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) – eine neue Art von marxistischer Organisation aufzubauen und sind in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre den Grünen zugeströmt. Das erste Jahrzehnt waren die Grünen eine Partei, die deutlich linker als die Linkspartei heute oder auch jemals war. Im zweiten Jahrzehnt der Grünen wurden sie zu einer sozialdemokratischen und heute werden sie zu einer konservativen Partei. Sie haben mit der Regierungsbeteiligung ab 1998 und dem ersten erfolgreichen langen Marsch durch die Institutionen – indem sie Minister gestellt haben – eine traumatische Erfahrung gemacht.

Der wesentlich kleinere Teil der 68er-Generation, der einen erneuten Anlauf mit der Linkspartei versucht hat, war damals bei den Jusos oder beim SB. Sie haben bewusst solche radikalen Organisationsversuche abgelehnt und versuchten, am äußeren linken Flügel der SPD

zu überleben.

Diese drei historischen Gründe haben dazu geführt, dass eine einmalige Partei entsteht, die drei Parteien in einer ist. Die Linkspartei hat geschafft zusammenzufassen, was in anderen Ländern Europas auf mehrere Parteien verteilt ist: diese verschiedenen strategischen Strömungen und Ansätze der linken Alt-68er, der SED-Überbleibsel und der SPD-Überlebenden.

Sie ist eine in eine einheitliche Parteiform gegossene Einheitsfront der Linken und damit ein widersprüchliches Konstrukt. Wir haben das in den letzten Jahren zumindest an den Fragen der Migrationspolitik und der Positionierung zur Europäischen Union erlebt. In beiden Fragen ist die Linkspartei extrem ins Schwimmen gekommen, hat den Widerspruch nicht konstruktiv aufheben können und hat deshalb einen großen Teil der politischen Glaubwürdigkeit und Ausstrahlung verloren. Die Linkspartei muss sich bei diesen beiden Fragen klar positionieren, um die Partei voranzutreiben. Bei der Flüchtlingsfrage hat sie das gemacht, bei der EU-Frage ist es ihr nicht gelungen.

Ein Verdienst der Linkspartei ist, dass sie in der Praxis gezeigt hat, dass man mit einem Programm die Fünfprozenthürde überwinden kann, das nicht mit der kapitalistischen Realität in Deutschland zu vereinbaren ist. Diese zwei Verdienste sind nach meinem Geschmack viel höher anzusetzen als viele kleine linke Erfolge.

Zudem ist die Linkspartei ein Beschäftigungsmotor für viele junge linke Leute, Akademiker, die in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und rund um die Partei eine Beschäftigung finden und da auch für neue Ideen sorgen. Man sollte nicht unterschätzen, dass die Linkspartei nicht nur materiell realen gesellschaftlichen Bewegungen Ressourcen zuführt, sondern auch den Subjekten, den Menschen in diesen Bewegungen eine Beschäftigung gibt.

Dieses Modell der Partei ist einmalig und ein Work in Progress. Aber ein Work in Progress kann immer auch in ein Work of Decline umschlagen. Während sich einerseits die programmatisch-inhaltlichen Widersprüche nicht mehr wegreden lassen, wächst in dieser Partei eine Schicht von Berufspolitikerinnen, von Parlamentariern, von Apparatschiks heran, die ein strukturkonservatives Element in die Partei hineinbringen. Das führt in vielen Fällen zu lähmenden Nebeneffekten, die bekämpft und reduziert werden müssen, damit die Linkspartei wieder das Charisma hat, sowohl Protestpartei als auch programmatisch begründete antikapitalistische Partei zu sein. Ganz gelingt das nie. Egal ob man an Parlamentswahlen teilnimmt oder sie boykottiert: Man wird immer von dieser Struktur beeinträchtigt. Aber wenn man an den Wahlen teilnimmt, muss man das besonnen und klug machen. Ich bin für eine klare Reglementierung der Fristen der Parlamentsarbeit und für die Trennung von Ämtern in Parlament und Partei. Ich bin für die Rotation der Aufgaben in der Partei. Und wir müssen als

letzten Punkt dahin kommen, dass die Partei sich selbst in außerparlamentarischen Strukturen wie Schulen, Universitäten oder Betriebszellen aufbaut und verankert. In der Gewerkschaft muss ein organisierter Kampf um eine neue gewerkschaftliche, politische Ausrichtung geführt werden und nicht nur individueller Guerillakampf.

Vor allem muss begonnen werden, eine Politik in der ersten Person zu machen, statt Stellvertreterinnenpolitik zu betreiben und sich in einer klassisch sozialdemokratischen Haltung einzubunkern. Die realen Erfahrungen von Menschen, die an Kämpfen beteiligt sind, dürfen nicht verloren gehen und dafür müssen bleibende Strukturen über die vierjährige Legislaturperiode und Kreuzchen-machen-Politik hinaus geschaffen werden. Diese Politik in der ersten Person knüpft sehr stark an die 68er-Bewegung an. Ich schließe auch an die Politik der Grünen an, die ihren ersten Wahlkampf unter der Parole „Jetzt wählen wir uns selber!“ gemacht haben. Und das müssten auch die Mitglieder der Linkspartei verstehen. Dann erlangen wir wieder Ausstrahlung und bekommen auch mehr Wählerinnen.

Georg Fülberth: Die PDS und die WASG gehörten von ihren Wurzeln her zu dem, was die Veranstalter als die Alte Linke bezeichnet haben. Diese Alte Linke wurde von einem zwischen 1830 und 1980 beklagten „Meckerproblem“ begleitet, nämlich der sozialen Frage, die auf Massenelend reagierte. Das hat nicht nur die Sozialisten beunruhigt, sondern alle anderen auch. Denn wenn dieses Massenelend in den Zentren ein Massenelend der absoluten oder relativen Mehrheit der Bevölkerung gewesen wäre, dann wäre dieses Gesellschaftssystem zugrunde gegangen. Diese alte soziale Frage wurde im Kapitalismus allenfalls kleingearbeitet. Das heißt, dass das massenhafte soziale Elend, das Mehrheitseleud in andere Länder verdrängt wurde. Beispielsweise haben die Zentren durch ihre Überlegenheit auf dem Weltmarkt Arbeitslosigkeit exportiert sowie durch Reform- und Sozialpolitik oder auch durch Raubbau an der Natur Elend in den Zentren zu einem Minderheitsphänomen gemacht.

Ausdruck dessen ist auf sozialstruktureller Ebene unter anderem der Aufstieg einer klassenübergreifenden Massenschicht der Intelligenz. Für sie wie auch für die sogenannte Neue Linke, die Mitte der 50er-Jahre entstand, ist die soziale Frage allenfalls eine Frage unter anderen.

Damals kamen neue Fragen auf oder ältere wurden neu interpretiert. Die Neue Linke oder auch der Westliche Marxismus haben sich ihnen zugewandt und etwa das alte Problem des Patriarchats wieder aufgegriffen. Da war die Alte Linke schonmal ziemlich weit und hat einen klassischen Text hervorgebracht: *Die Frau und der Sozialismus* von August Bebel. Die Führerin der sozialistischen Frauenbewegung Clara Zetkin hat das Problem des Patriarchats zugleich als eine soziale Frage formu-

liert. Das ist aus vielfältigen Gründen in Vergessenheit geraten. In den 70er-Jahren wurde die wiederauftauchende Frauen- oder Patriarchatsfrage dann von einer bürgerlichen Frauenbewegung aufgegriffen, ohne dass sich des Erbes der Alten Linken erinnert wurde.

Die Neue Linke hat auch allgemeine Menschenrechtsfragen und Fragen unterdrückter Individualität sowie Identität aktualisiert. Eine große Bedeutung hatten die sexuelle Revolution und Probleme unterdrückter Minderheiten jeder Art. Eigentlich geht es dabei um den Gleichheitsartikel im Grundgesetz. Die Sozialisten haben hier Partei ergriffen, obwohl es sich viel eher um Themen liberaler Parteien handelt.

Zu nennen ist das neue Megathema, das Biosphärenproblem. Das ist eine Frage, die sich ganz gut marxistisch behandeln lässt. Was eine linke Partei bestimmen interessiert, ist das Ruinieren der Umwelt als Ausdruck der ständigen Überakkumulation von Kapital. Die Kleinarbeitung der an den Rand geschobenen alten sozialen Frage hat die Ware Arbeitskraft auch durch den Kampf der Gewerkschaften zweifellos verteuert. Wer Profit machen will, wird versuchen diese Verteuerung der Ware Arbeitskraft auf andere Weise zu kompensieren: Rohstoffe zu verbilligen, billigere Kunststoffe zuzuschaffen und die Umweltkosten zu externalisieren. Allerdings ist es dieser Frage ähnlich ergangen wie der Patriarchatsfrage: Es sind vor allem bürgerliche Antworten gegeben worden. Es wird sich die Frage stellen, ob das Biosphärenproblem nur durch Beseitigung des Kapitalismus zu lösen ist oder ob es wieder kleingearbeitet, verschoben und externalisiert wird und wer das bezahlt.

Seit der Agitation Karl Liebknechts 1914 ist der Kampf gegen den Militarismus und gegen den Krieg eine gemeinsame zentrale Aufgabe von Kommunisten und LinkssozialistInnen. Es ist eine Menschheitsaufgabe, die in zugespitzten Situationen dann doch allein an den Sozialisten hängen bleibt.

Auf die Frage, welche Bedeutung die Linkspartei im Kampf für den Sozialismus hat, würde ich ganz frech antworten: na keine! Einfach deshalb, weil es sich nicht um eine Tagesaufgabe handelt, aber das war für Marx und Engels schon 1848 klar. In ihrem *Kommunistischen Manifest* sprechen sie die Demokratiefrage und den Sturz des Absolutismus an. Sie fordern die Bourgeoisie auf, die Macht zu ergreifen. Sie sagen: „Erst danach kommen wir“. Dennoch gab es die Demokratiefrage, Fragen der nationalen Befreiung und nationale Einheitsbestrebungen – Fragen, die nichts mit dem Sozialismus zu tun hatten, aus denen Sozialisten sich trotzdem nicht heraushielten. Denn, wie im *Kommunistischen Manifest* geschrieben: „In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.“¹ Also: Rein in bestehende Bewegungen und die Eigentumsfrage stellen! In der heutigen Wahlkampfzeit ist die Wohnungsfrage ein ganz

bestimmter und zugespitzter Teil der sozialen Frage.

Ich mache mir doch ziemlich viele Sorgen um die Umfragewerte der Linkspartei. Wenn die Umfragewerte bei 6% bleiben oder weiter sinken, werde ich Parteiverrat begehen und die Linkspartei doch wählen müssen. Denn ganz egal wie man den inneren Zustand dieser Partei betrachtet, diese Stelle im Parteiensystem muss besetzt bleiben und vielleicht in Zukunft ein bisschen besser ausgenutzt werden. Die Linkspartei hat aus Gründen der Selbstbeschäftigung zu wenig Impulse von außen aufgegriffen. Ich fände es wunderbar, wenn sie auf die Vorschläge des französischen Sozialisten Thomas Piketty reagieren würde. Und ich bin auch ziemlich erschrocken darüber, dass der durchaus umstrittene und stellenweise merkwürdige Vorstoß der Bewegung Zero Covid in der Corona-Krise nicht adressiert wurde. Auch die Wohnungsfrage und die Friedensfrage wurden nicht ausreichend adressiert.

Martin Suchanek: Die Gründung der Linkspartei war natürlich eine Antwort auf die Agenda 2010 und die tiefe, verdiente Krise der Sozialdemokratie. Das Positive daran war sicherlich, dass dies zu einer weiteren Erschütterung des SPD-Monopols in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften geführt hat. Umgekehrt liegt das Problem der Gründung der Linkspartei auch darin, dass eigentlich nichts anderes entstanden ist als eine linkere sozialdemokratische Partei, die sich die gebrochenen Versprechen der SPD selbst zum Programm gemacht hat. Die Linkspartei hat in diesem Sinne nie von sich behauptet, eine Partei zu sein, die wirklich den Kapitalismus stürzen will. Liest man das Parteiprogramm der Linkspartei, so wird deutlich, dass ihr im Grunde eine Marktwirtschaft ohne große Monopole und Konzerne vorschwebt. Das ist nichts anderes als ein Sozialismus auf Basis von Warenproduktion und pluralen Eigentumsverhältnissen. Sie erkennt zwar die Existenz von Klassen und auch des Klassenkampfes an, schreckt jedoch vor deren Zuspitzung theoretisch und vor allem praktisch zurück. Der Kampf für Sozialismus hat in der Linkspartei für die Alltagspraxis im Wesentlichen einen fiktiven Charakter. Es ist eigentlich eine Worthülse, die mit dem, was real getan wird, nicht viel zu tun hat. Das drückt sich darin aus, dass der Sozialismusbegriff in der Regel einer ist, der mit bestimmten Wertvorstellungen verbunden ist und nicht als eine bestimmte Produktionsweise verstanden wird.

Ein weiterer entscheidender Punkt ist, dass die Linkspartei ihre politische Auseinandersetzung auf dem Boden des bürgerlich-parlamentarischen Systems austrägt. Das ist ihr heilig. Ein Teil des Gründungskonsenses, der nie zur Diskussion stand, ist, dass die Linkspartei eine revolutionäre Alternative zum Kapitalismus ablehnt. Ich halte das für bedenkliche und falsche Schlussfolgerungen aus all den Problemen der Alten und Neuen Linken. Allein die Tatsache, dass die PDS und die Linkspartei in ihren Diskussionen nie radikaler waren als die Grünen zu Beginn, ist eigentlich ein vernichtendes

Urteil für einen sozialistischen Neuanfang und Kennzeichen einer besonderen Leistung, Widersprüche auszu-tarieren. Die Zielvorstellungen der Linkspartei können letztlich immer nur durch Regierungsbeteiligungen und Mitverwaltung der bestehenden Verhältnisse verwirklicht werden – und das ist es ja auch, was sie tut. An dieser Stelle zeigen sich die Probleme, die die Linkspartei unglaublich machen. Beispielsweise das Versagen, eine Strategie wie Zero Covid zu haben. Generell war die Corona-Politik eine Katastrophe. Das hat etwas damit zu tun, dass, wenn die Partei eine konsistente Position angenommen hätte, ihre inneren Widersprüche eklatant wären.

Die Linkspartei hat einen großen Funktionärskörper, der eigentlich die Politik der Partei bestimmt. So erklärt sich auch, dass sie in Berlin ein Anhängsel des rot-rot-grünen Senats ist – einen Einheitsbrei mit SPD und Grünen bildet – und jeden Unfug mitmacht. Damit ist die Idee, die Linkspartei sei eine Bewegungspartei, zwar ganz schön, aber vollkommen unrealistisch.

Problematisch an der „verbindenden Klassenpolitik“ der Linkspartei ist das zugrunde liegende Staatsverständnis. Es wird angenommen, dass der bürgerliche Staat nicht zu zerbrechen und zu zerschlagen wäre; dass er vom Proletariat für eine sozialistische Gesellschaft übernommen werden kann, wie es die Geschichte gezeigt hat; dass er ein Terrain des Klassenkampfes sei. Dadurch wird das ganze Hin und Her in der Regierungspolitik nicht als bürgerliche Politik angesehen, sondern als notwendiges Manöver. Kommunistische Politik müsste umgekehrt eine radikale Opposition im Bestehenden sein und gleichzeitig eine Vorbereitung auf eine Zuspitzung der sozialistischen Umwälzung.

Wenngleich die Frage nach einer sozialistischen Umwälzung keine aktuelle Tagesaufgabe ist, muss die Kritik an der Linkspartei auch von dieser Seite erfolgen. Was wir bräuchten, ist ein Programm von Übergangsforderungen, das sich darüber im Klaren ist, dass die Kämpfe um demokratische Rechte, gegen Krieg, gegen Unterdrückung der Frauen und der Sexualität, gegen Rassismus und nationale Unterdrückung integrale Bestandteile des Klassenkampfes sind, der letztlich zu einer sozialistischen Umwälzung führen muss – zu einem Bruchpunkt in der Geschichte, statt einer unendlichen Aufeinanderfolge von Reformen.

Die Partei, die wir eigentlich bräuchten und die sicherlich schwer zu schaffen ist, ist eine auf diesem Boden stehende revolutionäre, kommunistische Partei und Internationale. Es ist notwendig, diese Debatte mit den Genossinnen der Linkspartei zu führen. Es ist auch notwendig, einen gemeinsamen Kampf zu führen, gerade in Anbetracht der Pandemie und der Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, die sicherlich mit der nächsten Regierung kommen wird. Aber es ist genauso notwendig, eine politische Alternative hervorzubringen, die die Lösung nicht darin sieht, das gescheiterte Projekt

des Reformismus mit sechs bis acht Prozent ad infinitum aufliegen zu lassen. Wir brauchen eine revolutionäre Alternative, nicht zuletzt angesichts der beispielsweise in Berlin oder Thüringen zu erblickenden Praxis der Linkspartei, was keine Ausrutscher sind, sondern die konkreten Ausdrucksformen ihrer Politik, ihrer Strategie und ihres Programms. Das ist für SozialistInnen und KommunistInnen schlicht zu wenig.

ANTWORTRUNDE

BR: Ich teile die Ansicht, dass die Wohnungsfrage, wie im Übrigen auch die Frage der Pflege und des Gesundheitswesens, Fragen sind, an denen man sehr gut exemplarisch die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stellen kann. Wir machen das und hatten auch Verhandlungen mit der Initiative Zero Covid und haben relativ große Teile in unseren Leitantrag zum letzten Parteitag mit aufgenommen. Die Rolle der Linkspartei in der Covid-Auseinandersetzung war aber zugegebenermaßen relativ schwierig.

Die Kritik von Martin kann ich nicht ernst nehmen und empfinde ich als eine große Kinderei. Ich wünsche ihm viel Spaß dabei, jetzt eine revolutionäre Partei aufzubauen. Dazu braucht er sich nicht notwendigerweise an der Linkspartei abzuarbeiten. Mit einer Partei wie der Gruppe ArbeiterInnenmacht (GAM), die keine zehn Aktive hat, muss man doch nicht diskutieren, ob man gerade vor einer revolutionären Situation steht. Das stehen wir nicht. Und die Linkspartei wurde auch in der Tat nicht als revolutionäre Partei gegründet. Die Kritik ist also unsinnig, weil es gar nicht ihrem Gründungsgedanken entspricht. Vielleicht kann sie es einmal werden, wenn es auch gesellschaftlich revolutionäre Tendenzen gibt. Man kann aber nicht einfach so eine revolutionäre Partei gründen. Außer man gründet eine Sekte, eine Kleinpartei, die keine Bedeutung hat, die von den Klassenauseinandersetzungen und den Kämpfen in der Gesellschaft losgelöst ist. Spielt man gesellschaftlich keine Rolle, ist es mühsam, über Revolution oder ähnliche Dinge zu reden. Das ist nicht revolutionär, sondern höchstens verbal-revolutionär.

Es ist auch Unsinn, dass die Linkspartei eine zweite sozialdemokratische Partei wäre. Das trifft weder auf ihr Verständnis noch auf ihre Akteure zu. Genauso ist es eine falsche Einschätzung, dass der große Teil Funktionäre wären. Wir haben nicht mal annähernd so viele Funktionen zu besetzen. Der größte Teil der neuen Mitglieder sind junge SozialistInnen und Linke, die in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mitarbeiten wollen, statt Abgeordnete zu werden.

Wir stehen so wie alle anderen auf dem Boden des bürgerlich-demokratischen Systems. Auch wenn man es bekämpft, steht man auf diesem Boden und macht seine Arbeit, aber wir verteidigen das durchaus nicht. Wir verteidigen die Demokratie und wollen sie weiterentwickeln. Wir wollen andere Eigentumsverhältnisse.

Man kann unter Marxisten über das Staatsverständnis reden. Die marxistische Debatte dazu ist fortgeschritten, den Staat selbst als Ausdruck auch von gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen zu verstehen – nicht nur als den Büttel des Kapitals. Es ist ein großer Unterschied, ob ein Staat dabei ein gewisses Sozialsystem verkörpert oder nicht – es ist nicht der gleiche kapitalistische Staat, auch wenn er im Kapitalismus eine bestimmte Funktion hat, das System zu politisieren. Ihn zu zerbrechen und zu zerstören kann man vielleicht propagieren, aber mehr auch nicht.

Der Begriff der „verbindenden Klassenpolitik“ besagt, dass man die verschiedenen Kämpfe in der Gesellschaft, ob betriebliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen, Mietenfrage oder Klimaschutz als Klassenauseinandersetzungen begreift und sie miteinander verbindet. Die Linkspartei hat sich vorgenommen, diese verbindende Rolle zu spielen, sowohl inhaltlich als auch praktisch. Das ist übrigens zehnmal revolutionärer als das Propagieren von Thesen, die in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung keine Rolle spielen.

TG: Selbstverständlich kann man heute eine kleine, programmatisch piekfeine, saubere Organisation im Geiste des revolutionären Marxismus aufbauen. Aber dem Schicksal, sich mit der großen Linkspartei auseinandersetzen zu müssen, entkommt man dadurch nicht. Martin und seine Getreuen hätten es viel einfacher, sich mit der Linkspartei auseinanderzusetzen, wenn sie Mitglieder der Linkspartei wären. Man kann sie versuchen wegzudenken, so wie es bestimmte linke Organisationen wie die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) machen. Aber da ist das Schicksal die Selbstisolation, die fast zur Politikunfähigkeit führt. Man sehe auch Georgs persönliches Dilemma, die Linkspartei wählen zu müssen, damit sie über die Fünfprozenthürde kommt. Das ist für die DKP als Partei insgesamt ein Problem, weil das Politikmodell gerade zwischen DKP und Linkspartei sehr ähnlich ist. Deswegen mein Vorschlag: Kommt alle rein, dann geht es besser voran!

Die Eigentumsfrage steht in der Tat im Mittelpunkt der Revolution. Aber insgesamt kann man feststellen, dass die Revolution von anderen Kräften außerhalb der Linken heute viel vehementer gefordert wird. In der Klimabewegung kannst du ohne das Wort „Revolution“ ja kaum noch eine politische Debatte bestehen. Allein aus Zeitgründen fordern die Leute die Revolution. Da müsste die Linkspartei viel mutiger sein. Sie müsste gerade in der Krisensituation von Corona und der Klimakrise die Systemfrage stellen. Die Systemfrage wird heute sogar von den Herrschenden gestellt, weil sie nicht weiter wissen mit ihren marktwirtschaftlichen Scheinlösungen. Aber die Linkspartei stellt sie nicht.

GF: Ich denke, dass wir uns einig darüber sind, dass eine sozialistische Revolution im Augenblick einfach nicht aktuell ist. Nicht etwa, weil die Linkspartei so reformistisch wäre, sondern weil es einfach nicht das Thema

ist. Aber es gibt Aufgaben für uns. Diese lassen sich in der Notwendigkeit einer Abwehr allergrößter aktueller Gefahren zusammenfassen.

Die Biosphärenkrise ist solch eine Gefahr. Sie muss schnell gelöst werden. Sie wird nicht ohne Eingriffe in die Eigentumsrechte der größten Verursacher der Biosphärenkrise gelöst werden können.

Eine weitere Krise ist die gegenwärtige Gefahr für den Frieden durch den neuen Imperialismus, der sich gerade zusammenschiebt und zuletzt auch auf dem Parteitag der Grünen propagiert worden ist. Es geht um Krieg und Frieden und es geht um das Überleben. Außerdem haben wir erlebt, wie viele Tote eine verrottete soziale Infrastruktur im Pflegebereich verursacht hat. In der Corona-Krise wurden die öffentlichen Aktivitäten so stark heruntergefahren, dass das heruntergewirtschaftete Krankenhauswesen das gerade noch erträgt und gleichzeitig wurde so weit geöffnet, dass der Rubel weiter rollt. Das bringt mich zu einer Kritik an der Privatisierungspolitik im Gesundheits-, Versicherungs- und Krankenhauswesen.

Man sieht: Überall taucht die Eigentumsfrage wieder auf – sei es auch zunächst reformistisch. Deutsche Wohnen & Co. enteignen (DWE) ist von Mitgliedern der Linkspartei ganz wesentlich forciert worden. Und die Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht für den Berliner Mietendeckel kommt gerade zum richtigen Zeitpunkt, um Thema des Bundestagswahlkampfes zu werden – im Kampf für einen bundesweiten Mietendeckel.

Ich habe kein Dilemma mit meiner Wahlentscheidung. Wenn die Umfrage am Vorabend sechs Prozent oder weniger ergibt, wähle ich euch. Steht ihr bei über zehn Prozent, habe ich den Verdacht, dass ihr euch in den nächsten vier Jahren wieder mit den falschen Themen beschäftigt.

MS: Ich glaube nicht, dass die Systemfrage oder die Frage der Revolution überhaupt nicht anstehen würde. Unser Problem ist doch vielmehr, dass wir in einer Zeit leben, in der diese Frage aufgrund der krisenhaften Entwicklungen objektiv ansteht – man denke nur an die globale Rezession im letzten Jahr, die Friedensfrage und die Eigentumsfrage, die zum Beispiel DWE aufgeworfen hat. Nach der Niederlage des Mietendeckels gab es spontan große Aktionen und Demonstrationen. Es gibt also sehr wohl zum ersten Mal eine Basis für einen gemeinsamen Abwehrkampf. Stellen wir dabei die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt, wird es ein Kampf, der gleichzeitig auch die Machtfrage aufwerfen wird.

Deshalb glaube ich, dass die Kritik am reformistischen Charakter der Linkspartei und ihren Fehlern wichtig ist. Eine Partei oder Organisation, die den zukünftigen Herausforderungen begegnen kann, muss sich auch mit Programmatik, Strategie und dem Verhältnis zum Staat beschäftigen. Was Bernd hier als Fortschritt des

Marxismus sieht, ist für mich eher eine Abweichung davon. Es war nie das Problem, dass nicht auch Forderungen an den Staat gestellt werden, wie die Ausweitung von demokratischen Rechten. In diesem Sinne kann man sagen, dass der Staat auch ein Terrain der Auseinandersetzung ist. Aber dass dieser Staatsapparat noch perfektioniert und gestärkt werden müsste und er als Instrument für die Transformation zu einer anderen Gesellschaft tauglich wäre, halte ich für eine Lebenslüge des Reformismus. In diesem Sinne ist die Frage des Zerbrechens des bürgerlichen Repressions- und Staatsapparats eine, auf die jede zukünftige revolutionäre Auseinandersetzung stoßen wird. Wenn man sich diese Frage nicht stellt, dann wird dies mit Machtinstrumenten eingebläut. Das sieht man bereits in all den bonapartistischen Tendenzen hin zu stärkerem Autoritarismus. Man müsste nach so vielen Jahren, die die Linkspartei in staatlichen Institutionen aktiv ist, auch einmal Bilanz ziehen, wie es denn heute um die Transformation steht.

Es ergibt schon Sinn, von der Linkspartei – vor allem in Hinblick auf ihre Programmatik – als einer reformistischen Partei zu sprechen. Was ich der Linkspartei aber zugestehe, ist, dass sie einen bestimmten Sektor der Arbeiterinnenklasse und auch der bewussteren Teile vertritt, und deshalb ist es für das Kampfterrain von Revolutionären nicht egal, wie viel Prozent der Stimmen die Linkspartei erhält. Darin drückt sich auch ein Kräfteverhältnis aus. Insofern glaube ich, dass eine kritische Unterstützung der Wahl der Linkspartei durchaus angemessen ist, wenngleich man dies als bloße Wahltaktik verstehen und sich keinerlei Illusionen machen sollte.

FRAGERUNDE

Die WASG ist aus den regierungskritischen Teilen der SPD hervorgegangen, die PDS aus der SED, welche wiederum aus der Fusion von KPD und SPD entstanden ist. Insofern scheint mir die Linkspartei in sozialdemokratischer Tradition zu stehen. Geschichtlich hat die Sozialdemokratie den Kampf um Demokratie, um eine liberale Republik geführt, aber unter Einbezug der sozialen Frage. Und dann gab es da die revolutionäre Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert. Inwiefern ist die Linkspartei jetzt eine sozialdemokratische Partei oder nicht? Was macht das eigentlich für die Sprecher aus? Was ist Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert?

BR: Ungefähr 70% der heutigen Mitglieder der Linkspartei waren weder in der WASG noch in der PDS, sondern sind seit 2007 direkt in die Linkspartei eingetreten. Von der Mitgliederseite aus gesehen gibt der Verweis auf WASG und PDS nicht die wirklichen Verhältnisse wieder.

Außerdem stellt die Linkspartei, wie vielleicht die Sozialdemokratie mal in guten Zeiten, die soziale Frage in das Zentrum ihrer Politik und den Kampf um konkrete Verbesserungen. Sie unterscheidet sich aber von der SPD insoweit, dass sie das Ziel, den Kapitalismus abzuschaffen und für ein neues System zu kämpfen, nämlich

für einen Sozialismus, nicht nur auf dem Papier hat, sondern tatsächlich als Selbstverständnis formuliert.

Wir sind derzeit in keiner revolutionären Situation. Sie ist auch nicht herbeiführbar durch das Propagieren einer solchen. Man muss sich stattdessen fragen, an welchen Stellen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung man über Transformationsprozesse nachdenken kann, an denen die Leute selbst diese Widersprüche sehen. Dass jetzt eine Mehrheit der Leute Enteignungen von Wohnungskonzernen nicht mehr ablehnend gegenübersteht, ist ein Beispiel für die Bilanz eines Transformationsprozesses.

Aber ist das Ziel dieser Transformation immer noch die Herstellung einer revolutionären Situation oder ist es: Statt dieser revolutionären Situation versuchen wir zu transformieren?

BR: Ich glaube nicht, dass man eine revolutionäre Situation herstellen kann. Die entsteht aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Aber es ist doch absurd, jetzt zu fragen, wie eine revolutionäre Partei aussehen kann. Wir sind so weit davon entfernt, dass das praktisch nur zu einer Kleingruppe führen kann. Als Linkspartei können wir nicht die Politik der GAM oder der DKP machen und trotzdem sechs bis zehn Prozent bekommen.

GF: Vielleicht können wir es uns ein bisschen leichter machen, wenn wir nicht das Label „Revolution“ verwenden. Es geht um die Herbeiführung eines „Vereins freier Menschen“² oder, wie es im *Kommunistischen Manifest* steht: „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.³ Man könnte sagen, wenn man das herbeiführen könnte, wäre das revolutionär.

TG: Dieses Zitat wird dir fast jedes Mitglied in der Linkspartei beidhändig unterschreiben: Die bürokratischen Ex-Sozialdemokraten und Ex-SEDler benutzen es in Aufarbeitung ihrer Vergangenheit, die Ökologie- und Klimabewegung, um ihren neuen Anspruch an linke Methodik zu formulieren und post-marxistische Theoretiker, um aufzuzeigen, dass Marx seinem eigenen Anspruch nicht gerecht geworden ist.

Mit solchen Positionen, wie die GAM sie hat, kann man heute auch eine Zehn-Prozent-Partei aufbauen. Da bin ich viel optimistischer als Bernd. Aber man kann es nur machen, indem man die Erfahrungen, die sich in der Linkspartei ausdrücken, genauso praktisch und lebendig verarbeitet, wie es die Linkspartei macht. Aus einem kleinen Kreis von Bücherkundigen und Besserwissenden kann man diese Partei nicht aufbauen. Man muss mit den Leuten, die die Niederlage erfahren haben, gemeinsam versuchen, aus diesem Loch wieder herauszukommen. So habe ich beispielsweise lernen müssen, dass die DDR nicht nur aus Bürokraten bestand, die Menschen ins

Elend führen wollten, sondern dass ganz viele, später bitter enttäuschte Menschen in der DDR glaubhaft an einem sozialistischen Modell gearbeitet haben. Und man muss den Leuten sagen: Dann lasst uns gemeinsam an einem neuen Modell Sozialismus arbeiten!

MS: Man kann natürlich sehr gute Zitate aus dem *Kapital* und aus dem *Kommunistischen Manifest* nehmen. Darauf können sich sehr viele Leute einigen. Das ergibt aber noch keine politische Kraft, keine Strategie für die aktuelle Veränderung und keine Programmatik. Es führt auch nicht dazu, eine bestimmte Kraft einschätzen zu können. Die Etiketten „sozialdemokratische Partei“ oder „reformistische Partei“ haben den Wert, aufzuzeigen, was Parteien wirklich unterscheidet. Unter dem Etikett der Sozialdemokratie finden sich in der Geschichte zwar sehr unterschiedliche Parteien, aber man kann sie im Großen und Ganzen – bei all ihren Verschiedenheiten – als reformistische, als sozialchauvinistische und pro-imperialistische Parteien charakterisieren.

Was die Aufgabe der Linkspartei im gesellschaftlichen Gesamtgefüge und ihre Zielsetzung anbelangt, so ist sie eine Partei zur Verbesserung der Verhältnisse für die Arbeitenden im bestehenden kapitalistischen System. Dass dann gerne viele über Sozialismus diskutieren, trifft auf haufenweise linke sozialdemokratische Parteien in der Geschichte zu. Das stößt auf die inneren Grenzen der Partei und ihres Grundcharakters, weshalb es durchaus sinnvoll ist, die Linkspartei politisch zu charakterisieren, statt sie nur als Work in Progress zu beschreiben und so vor der Frage auszuweichen.

Ich finde sehr gut, dass für alle Sprecher und nicht nur für uns von der GAM derzeit die Enteignungsfrage zentral auf der Tagesordnung steht. In Initiativen für Klimagerechtigkeit wie Ende Gelände ist es inzwischen selbstverständlich, dass man von der Notwendigkeit von Revolutionen spricht – davon, dass die ökologische Krise nur mit einer Umwälzung des Systems bewältigt werden kann. Und auch DWE diskutiert, dass eine Enteignung ohne Entschädigungen ablaufen muss, damit die Situation vor den Privatisierungen wiederhergestellt wird.

TG: Ich möchte dafür plädieren, anstelle des Wortes „Enteignung“ wieder das gute alte marxistische Wort „Wiederaneignung“ zu benutzen, weil es sich nicht anhört, als ob eine noch nicht näher genannte Kraft jemanden enteignet. Es betont einen gesellschaftlichen Prozess, in dem Menschen viel gewinnen. Sie gewinnen an Würde, neuer Lebenszeit und möglicherweise auch mehr Einkommen, weil sie weniger Miete zahlen.

BR: Ich teile, dass die Klimakrise grundsätzlich eine Systemfrage ist. Ich teile aber nicht die Einschätzung dieser Bewegungen. Wenn das stimmte, würden nicht 40 bis 50 Prozent der Leute die Grünen wählen. Die wählen sie bestimmt nicht, weil sie radikaler sind oder das System mehr umstoßen wollen. Das ist beim Aktivkreis natürlich anders. Dort lässt sich, wenn er auch

relativ klein ist, eine Radikalisierung nach links beobachten. Für die Leute, die vom Thema und der Bewegung erfasst werden, stehen die Bepreisung von Emissionen und ähnliche Dinge ganz klar im Vordergrund. Das hat aber noch nichts mit besonders linker Politik zu tun.

Wir wissen alle, dass wir wahrscheinlich nicht mehr besonders viel Zeit haben, aber das darf nicht zum Voluntarismus führen. Fangen die Menschen einmal an zu kämpfen, kommen sie an Grenzen dieser systemischen Logik und dann lautet die Aufgabe, diese Kämpfe voranzutreiben und praktisch die Grenzen zu verschieben, in denen Leute einen Bewusstseinsprozess durchmachen. So verstehe ich im Übrigen auch, wofür man den Marxismus braucht: Um Gesellschaft und ihre Gesetzmäßigkeiten einzuschätzen, aber auch um den Stand der Klassenauseinandersetzungen einzuschätzen und dort eine Politik zu machen, die bestimmte Prozesse nach links vorantreibt. Dabei ist die Linkspartei eine wichtige Größe. Dass die CDU uns vorwirft, wir wollen das System abschaffen und die GAM sagt, wir wollen das System durch einen Reformismus stabilisieren, sind nun mal die Widersprüche, denen man dabei begegnet.

Ich habe auch gar keine Lust mir anzuschauen, wo wir sozialistisch sind und wo das nicht stimmt. Man findet für alles Belege. Aber die Linkspartei ist eine ernstzunehmende Kraft, die als links von der Sozialdemokratie gilt und sozialistische Elemente mittransportiert.

Braucht denn die Linkspartei den Marxismus? Wenn ja, wofür? Wenn nein, warum nicht?

BR: Für mich ist das eine Methode, Gesellschaft zu begreifen, die auch weiterentwickelt werden muss und nicht irgendein Dogma oder eine Religion. An solchen Theoriedebatten hat die Linkspartei Nachholbedarf. Wir brauchen ein intellektuelles Umfeld an Leuten, die sich nicht so holzschnittartig auf die Linkspartei beziehen, sondern mit uns in einen produktiven Diskussionsprozess gehen.

GF: Das wenige, was ich von Gesellschaft überhaupt verstehe, hätte ich ohne die wesentlichen Aussagen der Kritik der politischen Ökonomie von Marx gar nicht verstanden. Die Wichtigkeit dieser einzelnen Bestandteile ändert sich je nach gegebener Position. Wenn ich gesagt habe, die ökologische Krise und die Kriegsgefahr sind Folgen der Überakkumulation von Kapital – Kapital, das ständig Anwendungen sucht, die Umwelt versaut und dann die einzelnen kapitalistischen Zentren in Konfrontation bis zur Kriegsgefahr drängt – kann ich das nur aus der Mehrwerttheorie von Marx erklären.

TG: Ohne den Marxismus würde mir ein gewichtiges Erklärungsinstrument für alles, was mich umgibt, fehlen. Zu dem, was mich umgibt, zählt auch die Linkspartei samt den gesellschaftlichen Prozessen, die sich in ihr abspielen. Das ist der Grund, aus dem ich zum kritischen, linken Flügel dieser Partei gehöre. Marx hat sehr viel formuliert, aber konnte zu Lebzeiten nur wenig zu

einem Marxismus des subjektiven Faktors beitragen, der erst nach seinem Tod praktiziert wurde. Warum geraten große Arbeiterparteien in eine Krise? Warum werden sie sogar zu Verräterparteien? Was sind die materiellen Ursachen dessen, dass diese Partei der Arbeiterbewegung zu einer kleinbürgerlichen Partei wurde, ohne ihren Massenanhang zu verlieren? Um darauf eine Antwort zu finden, brauchen wir das marxistische Instrumentarium ganz dringend. Leider wird es von zu wenigen in unserer Partei angewandt.

MS: Der Marxismus ist keine abgeschlossene Sache, nicht nur eine Methode, sondern eine in sich differenzierte ideologische oder theoretische und analytische Sicht. Mittlerweile gibt es mehr Marxisten unterschiedlichster Schulen. Aber natürlich brauchen wir den Marxismus, um die Welt, die Gesetzmäßigkeiten, die den Kapitalismus voranbringen, zu verstehen; auch um zu verstehen, warum bestimmte Fragen heute so im Vordergrund sind und welche Form von Antwort darauf notwendig ist. Zweifellos kann er auch nützlich sein, die Linkspartei zu verstehen. Sie hat sich verändert und ist in gewisser Weise auch stabiler geworden. Aber sie ist umgekehrt eine Partei, die eigentlich aus einer historischen Krise der SPD entstand. Das äußert sich in dem Widerspruch, von dem die Linkspartei getrieben ist: Dass sie sich auf der einen Seite als Opposition (wenn auch mit Reformpolitik) präsentiert und auf der anderen Seite aber als Partei, die die bestehenden Verhältnisse, sobald sie mal an die Regierung kommt, mitverwaltet und sich darin auch kaum von dem, was andere im weiteren Sinne linke Parteien machen, unterscheiden lässt.

Es ist nicht so, dass die Linkspartei nur soziale Segnungen vollzogen hat. Sie hat genug mitverbrochen. Das passiert notwendig, wenn sich eine linke Partei als Regierungspartei betätigt und kein Vehikel zum Übergang zu einer anderen Gesellschaft ist. Das hat etwas mit dem politischen Charakter und den inneren Widersprüchen dieser Partei – mit ihrem klassisch-reformistischen Charakter – zu tun. Das kann der Marxismus auch erklären.

Des Weiteren ist der Marxismus nicht nur ein Analyseinstrument, eine Methode. Er muss auch in eine Praxis und Programmatik übersetzt werden – in eine Politik, die immer die Frage der Konstituierung eines revolutionären Subjekts und einer revolutionären Organisation in den Mittelpunkt stellt. Ich glaube, dass die Linkspartei das heute nicht ist und dass die Erfolge der Linken in der Linkspartei recht bescheiden sind.

Denken die Diskussionsteilnehmer, dass eine mögliche rot-rot-grüne Regierung realistisch bzw. noch aktuell ist? Wenn ja, welche politischen Möglichkeiten und Risiken hätte eine solche Regierung gerade im Hinblick auf die angesprochenen Probleme: Friedenspolitik und Wohnungsfrage?

TG: Eine marxistisch-materialistische Untersuchung der Grünen kommt eigentlich sehr schnell zu dem Ergebnis, dass diese Partei nicht links ist, sondern sich anschickt,

vom großen, gesellschaftlich bestimmenden Kapital als Verwalterin der Staatsgeschäfte angenommen zu werden.

Deswegen ist die Vorstellung, dass ausgerechnet eine Linkspartei mit dieser grünen Partei zusammen eine Regierung stellt, nicht nur numerisch, sondern klassenpolitisch völliger Unsinn. Mit den Grünen etabliert sich eine moderne Partei, die das Versprechen gibt, den Kapitalismus ökologisch zu reformieren und der viele hunderttausend oder gar Millionen Menschen das Märchen abnehmen, dass der Kapitalismus ökologisch modernisiert werden kann. Links ist etwas anderes.

Ich vertrete die klassisch marxistische Auffassung, dass eine linke Partei nur überleben kann, wenn sie von der Klasse, die in diesem Land das Sagen hat, politisch komplett unabhängig ist. Das ist manchmal ein bisschen schwer, manchmal ist man lange Jahre nur eine Minderheit, aber das ist allemal erfolgsversprechender als im Bündnis mit bürgerlichen Parteien als Juniorpartnerin die Geschäfte zu verwalten.

GF: Selbst wenn das numerisch funktionieren würde, wäre die Frage, ob insbesondere die Grünen diese Koalition wollen.

Ich finde aber, wir haben ein ernsteres Problem: In Europa ist ein Niedergang sozialdemokratischer und linker Parteien zu beobachten. Es geht nicht nur um die Linkspartei. Podemos, die sozialistische Partei in den Niederlanden und SYRIZA sind nicht mehr die Hoffnungsträger, die sie einmal waren. Das liegt bestimmt nicht an den Fehlern dieser Parteien, sondern es liegt an einem Kräfteverhältnis, in dem die Mitte-Rechts Parteien – getriggert von ganz rechten Parteien – die Mehrheit und eine breite Basis in der Gesellschaft haben. Dieses Kräfteverhältnis in Europa kommt der Herrschaft des Kapitals entgegen. Es zu verändern, bedeutet, die sozialdemokratischen Parteien – dann nennt halt die Linkspartei eine sozialdemokratische Partei – zu stärken. Darum geht es auch im gegenwärtigen Wahlkampf.

MS: Wenn rot-rot-grün zustande kommen würde, wäre es eine politische Katastrophe für die Linkspartei, weil es nur durch die Akzeptanz des Konsenses der Grünen möglich wäre. Das würde bedeuten: Zustimmung zu Aufrüstung, Kriegseinsätzen, einer imperialistischen Neuformierung Europas gemäß eines Green New Deal usw. Bei aller Kritik an der Linkspartei, glaube ich nicht, dass sie diesen politischen Selbstmord begehen wird. Für die Leute außerhalb würde es nicht bedeuten, dass sie die Linkspartei ad acta legen und ein kommunistisches Projekt gründen, sondern sie wären dadurch eher demoralisiert. Die Linkspartei ist gut beraten, an dieser Stelle mit ihren Mitteln klare Kante zu zeigen. Es ist wichtig, den Wahlkampf zu nutzen, egal wer dann genau KanzlerIn wird, um uns darauf vorzubereiten, wie wir einen Kampf gegen die nächste Regierung führen. Gleichzeitig müssen wir auch eine Debatte über unsere strategische

Zielsetzung führen, über Reform oder Revolution.

BR: Auch mich beunruhigen die Schwäche und der Niedergang linker Parteien ungeheuer. Wobei man sagen muss, dass die Linkspartei sich in Sachen Mitgliederstärke und Stabilität noch mit am besten schlägt.

Wir haben bestimmte Ausschlussgründe: wir machen keine Regierungen mit, die Auslandseinsätze oder Aufrüstung vorsehen, wir machen keinen Sozialabbau, keine Tariffucht und keine Privatisierungen mit. Wir stehen zu unserem Grundsatzprogramm. Ich bin aber dafür, dieses durch ein Mindestprogramm mit Forderungen positiver Veränderungen bei Themen wie der Sicherung des Lebensstandards, der Wohnungsfrage und der Pflege zu ergänzen. Und es müssen die anderen sein, die sagen, dass sie das nicht umsetzen wollen.

Ich gehe auch davon aus, dass die sozialen Kernfragen, mit denen die Leute uns in Verbindung bringen, die nächsten Monate stärker werden und die Leute müssen wissen, woran sie bei uns sind. Dann werden sich alle anderen Fragen von allein stellen. **IP**

.....

- 1 Karl Marx, Friedrich Engels: „Das kommunistische Manifest“, in: *MEW* (Bd. 4), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S. 493.
- 2 Karl Marx: „Das Kapital – Kritik der Politischen Ökonomie Erster Band“ in: *MEW* (Bd. 23), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1962, S. 92.
- 3 Marx, Engels: „Das kommunistische Manifest“, S. 482.

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER TOD DER LINKEN

von *Chris Cutrone*

DER MARXISMUS UND DIE NOTWENDIGKEIT DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die umstrittenste Annahme des Marxismus ist die Diktatur des Proletariats. Und in der Tat bildet sie das, wodurch sich der Marxismus politisch, ideologisch und theoretisch, intellektuell, praktisch und organisatorisch auszeichnet. Der Tod der Linken misst sich an der Abkehr von dieser These. Sie ist die Abkehr von dem intellektuellen Projekt und dem politischen Programm des Marxismus, das in der Diktatur des Proletariats kulminierte.

Was verstanden Marx und der Marxismus unter der „Diktatur des Proletariats“? Einfach ausgedrückt: die politische Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Form einer solchen Herrschaft sollte „diktatorisch“ im Sinne revolutionärer, politischer und sozialer Transformationen sein, die sich über soziale und politische Formen rechtsstaatlicher Regierung hinwegsetzen. Sie verstanden darunter einen „Ausnahmestand“ und daher eine Diktatur im Sinne der altrömischen Republik, eine aktive politische Intervention in die Gesellschaft von begrenzter Dauer.

Was verstanden sie unter der Diktatur des „Proletariats“ im Besonderen? Es bedeutete die politische Herrschaft der Arbeiter, aber nicht der Lohnarbeiter im engeren Sinne, sondern in umfassenderem Sinne, einschließlich sowohl der Arbeitslosen oder nur potenziell Beschäftigten als auch der nicht in Lohnarbeit im eigentlichen Sinne Beschäftigten, zum Beispiel angestellte Facharbeiter der „Mittelschicht“ oder des mittleren Managements im verwalteten Kapitalismus. Das Zentrum der politischen Macht sollte jedoch die lohnarbeitende Arbeiterklasse bilden.

Die Diktatur des Proletariats war eine weltgeschichtliche und daher geopolitische Bestimmung. Sie meinte die globale Herrschaft der Arbeiterklasse. Ihre Revolution sollte den Großteil der kapitalistischen Welt umfassen. Die kapitalistische Welt ist dort, wo das Kapital selbst konzentriert ist: nicht wo das Geld konzentriert ist, sondern wo die Arbeit, wo die Produktion und Reproduktion des Kapitals konzentriert ist. Positiv ausgedrückt: dort, wo die Wertproduktion stattfindet, die nicht mit der Produktion materiellen Reichtums in Form von Konsumgütern zur Subsistenz identisch ist, sondern in der das Kapital selbst als Produktionsmittel produziert wird. Das ist es, was unter den kapitalistischen Kernländern zu

verstehen ist.

In diesen Ländern konzentriert sich das Kapital als Ausdruck des „general social Intellect“.¹ Die Diktatur des Proletariats muss in der Lage sein, auf globaler Ebene die Aneignung der Produktionsmittel zumindest anzugehen. Kapital als „tote Arbeit“ – historisch akkumulierte Arbeit in den gegenwärtig bestehenden Produktionsmitteln – muss von der „lebendigen Arbeit“ der gegenwärtigen Arbeiterklasse angeeignet werden.

Strategisch bedeutete dies einen komplexen, politisch recht komplizierten und zudem kontinuierlichen Eingriff in den bestehenden kapitalistischen Produktionsprozess bzw. in die gegenwärtigen Bedingungen der Produktion des materiellen Reichtums (einschließlich des geistigen Reichtums).

Negativ ausgedrückt bedeutete es, dass die globale Arbeiterklasse in der Lage sein muss, die Reproduktion der Lohnarbeit als Quelle der Wertbestimmung materiellen Reichtums zu überwinden. Die Arbeiterklasse muss in der Lage sein, Arbeitslosigkeit zu verbieten und die Ausbeutung der Arbeitskraft verzweifelter, armer Menschen zu verhindern, um stattdessen die globale Produktion auf die Produktion von Reichtum für die menschlichen Bedürfnisse auszurichten, den gesellschaftlichen Zwang zur Arbeit als Teil der Kapitalverwertung zu überwinden und seinen Reproduktionszyklus zu durchbrechen. Was Marx als „Notwendigkeit“ der Diktatur des Proletariats bezeichnete, war die Notwendigkeit, den Kreislauf der kapitalistischen Reproduktion zu durchbrechen, und zwar notwendigerweise in weltgeschichtlichem und damit globalem Maßstab.

Bis dies geschieht, wird der Kapitalismus fortbestehen. Solange es Lohnarbeit gibt, wird das Kapital und wird sein Widerspruch fortbestehen.

Was also ist der Kapitalismus, was ist es, das überwunden werden muss?

Kapitalismus ist die Hemmung, Einschränkung und Entstellung der Gesellschaft durch den Imperativ, den Wert des Kapitals zu produzieren und zu reproduzieren.

Kapital ist vergangene Arbeit, also das Potenzial der Produktion von Reichtum oder materiellen (einschließlich geistigen) Gütern in Gesellschaft. Als Kapital besteht diese vergangene Arbeit aber in der Form des Widerspruchs, den der Marxismus zwischen dem Potenzial der industriellen Produktion und dem gesellschaftlichen Wert der lebendigen menschlichen Arbeit und den aus diesem Wert abgeleiteten sozialen und politischen Rechten ausgemacht hat. Der Kapitalismus oder die kapitalistische Produktionsweise, die Kapital produziert und reproduziert, ist der Widerspruch zwischen den durch Arbeit vermittelten Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft und den industriellen Produktivkräften, die durch diese Verhältnisse eingeschränkt – beherrscht –

werden.

Einer häufigen Annahme vermeintlicher „Marxisten“ zufolge bezeichnen die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft das individuelle Privateigentum der Mitglieder der Kapitalistenklasse an den Produktionsmitteln und die industriellen Produktivkräfte bezeichnen die kollektive gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeiterklasse. Das ist falsch.

Die Grundlage der gesellschaftlichen Eigentumsrechte in der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeit der Produzenten. Das ist das bürgerliche Recht. Die Frage ist, wie die Notwendigkeiten und Möglichkeiten von industrieller Produktion diesem gesellschaftlichen Recht widersprechen.

Wie ich an anderer Stelle (in *What is capitalism? and Socialism in the 21st century*²) ausgeführt habe, gibt es zwei verschiedene und sich voneinander zunehmend unterscheidende Waren, die von der Industrie produziert werden: Güter für den Lebensunterhalt der Arbeiterklasse; und Mehrwert als Mittel zur Investition in die Produktion. Die Investitionen können entweder die Form von Löhnen für Arbeiter und/oder die Form von Technologie annehmen. Den Kapitalismus charakterisiert auf gesellschaftlicher Ebene der zu Tage tretende Konflikt zwischen Technologie und menschlicher Arbeit.

Die industriellen Produktivkräfte sind alle produktiven Kapazitäten der Gesellschaft als Ganzer, das, was Marx das „allgemeine gesellschaftliche Wissen“ oder „general social intellect“³ nannte. Dessen Potenzial der Produktion gesellschaftlichen Reichtums hat die bürgerlichen – politischen und sozialen – Rechte der Aneignung durch die lebendige menschliche Arbeit der Arbeiterklasse überstiegen.

Die Kapitalistenklasse repräsentiert nicht die Ausbeutung der Arbeiter, sondern den gesellschaftlichen Wert der im Kapital akkumulierten Arbeit, den von der Arbeit produzierten Mehrwert, der die Voraussetzung zukünftiger Produktion ist. Wenn es den Kapitalisten nicht gelingt, fördernd für den gesellschaftlichen Wert des Kapitals als Grundlage der Produktion zu wirken, hören sie auf, Kapitalisten zu sein, hören sie auf, Diener und Verwalter des Kapitals zu sein, und werden zu bloßen Geldsäcken. Wie Marx es ausdrückte, ist ein Geizhals ein verrückter Kapitalist, während ein Kapitalist ein rationaler Geizhals ist.⁴ Der „Geiz“ des Kapitalismus, den Marx im Sinn hatte, bezog sich nicht auf die wirtschaftliche Effizienz der gesellschaftlichen Investition in die Produktion, sondern auf die armselige Grundlage zur Bestimmung und Bemessung des gesellschaftlichen Potenzials der Produktion anhand des Mehrwerts, der durch menschliche Arbeit und ihren Lohn hervorgebracht wird. Die Wette der Arbeit im Kapitalismus besteht darin, dass die gegenwärtige Produktion die Grundlage für die künftige Produktion bildet – dass also die menschliche Tätigkeit und das menschliche Leben sich durch den

Kapitalismus kontinuierlich selbst erhalten und weiter entfalten.

Der Widerspruch, den der Marxismus im Kapitalismus ausmachte, lag darin, dass das Kapital, das zunächst als Mittel zum Zweck der gesellschaftlichen Produktion und des Reichtums auftrat, zum Selbstzweck wurde, und dass gleichzeitig das, was ein Selbstzweck war, das menschliche Leben und die menschliche Tätigkeit, bloße Mittel für die Zwecke des Kapitals wurden.

Mit dem Begriff „Proletariat“ beschrieb und kritisierte Marx die Existenz der Arbeiterklasse unter industriellen Bedingungen, in denen der Wert des Kapitals und der Wert der Löhne in der gesellschaftlichen Produktion immer weiter auseinanderklafften und in ein immer größeres Missverhältnis gerieten. Der Marxismus nannte dies die Enteignung der Arbeiterklasse durch das Kapital, bei der die Arbeiter immer weniger in der Lage waren, sich das gesellschaftliche Gesamtprodukt und vor allem dessen Potenzial für die künftige Produktion durch ihren Lohn als Konsumtionsmittel anzueignen. Auf diese Weise wurde die Arbeiterklasse „eigentumslos“, sie wurde zunehmend gesellschaftlich des Eigentums an ihrer Arbeit beraubt.

Die „Aufwärtsspirale“ der bürgerlichen Gesellschaft wurde zur Spirale der Produktion und Konsumtion des Kapitals, in dem sich die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft und das bürgerliche Recht zunehmend selbst untergruben und zerstörten. So kam es zu Wertkrisen des Kapitals, die zugleich Krisen der Gesamtgesellschaft waren. Das Resultat dieser Krisen war die Vernichtung des Wertes – sowohl des Lohns als auch des Kapitals. Das Kapital wurde weniger rentabel, das Lohnpotential der Arbeit nahm ab, dem Geld fehlten Möglichkeiten für gewinnbringende Investitionen, und die Arbeiter wurden arbeitslos. Dies traf insbesondere auf intergenerationeller Ebene zu: Die Reproduktion des Kapitals vernichtete Arbeitsplätze und die fortgesetzte Reproduktion von Arbeitskräften brachte Massen von Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen hervor.

Die industrielle Produktion machte die menschliche Arbeit für die Produktion von Reichtum zunehmend überflüssig und so realisierte sich der gesellschaftliche Wert menschlicher Tätigkeit und menschlichen Lebens nicht in der produktiven Tätigkeit, sondern wurde in ihr negiert. Für den Marxismus bedeutete dies die Möglichkeit und Notwendigkeit, die Bewertung menschlicher Tätigkeit und menschlichen Lebens durch die Arbeit als Maß gesellschaftlichen Reichtums zu überwinden. Dies war die Triebkraft für den Kampf der proletarisierten Arbeiterklasse für den Sozialismus.

In der heutigen Weise, gesellschaftlichen Reichtum durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Pro-Kopf-Produktivität und die Kaufkraftparität (KKP) zu messen, besteht ein Widerspruch zwischen diesen Indizes der Wirtschaftstätigkeit und dem tatsächlichen individuellen

und kollektiven Leben und Wohlergehen in der Gesellschaft. Die Vereinigten Staaten sind weltweit nach wie vor das Land mit dem höchsten BIP, der höchsten KKP und der höchsten Produktivität der Arbeit. Und dennoch gibt es immer mehr Arbeitslose und Arbeitsunfähige, und die Arbeitsplätze, die vorhanden sind und die entstehen, bilden neue Formen der Arbeit, die – vorerst – nicht durch Technologie ersetzt werden können, etwa den „Dienstleistungssektor“. Dies ist die Verelendung der Gesellschaft im Kapitalismus, die Marx beobachtete und die bis heute andauert.

Im Sozialismus sollte die industrielle Überflüssigkeit der Arbeiter durch die Überflüssigkeit der Arbeit ersetzt werden. Nach Marx' Vorstellung sollte die Arbeit vom „Mittel zum Leben“ zum „ersten Lebensbedürfnis“ werden – die Menschen würden arbeiten, weil sie wollen, und nicht, weil sie müssen, weder individuell noch kollektiv. Gegenüber der Arbeitsteilung stellen die Potenziale von Wissenschaft und Technik – dem Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen“ folgend – eine höhere Form sozialer Kooperation dar.

In der bürgerlich-gesellschaftlichen Kooperation nimmt die spezialisierte Arbeitsteilung zwar zu, aber es vertieft sich ebenso die Kluft zwischen den so geschaffenen neuen Formen gegenseitiger Abhängigkeit in der Gesellschaft und den Formen der sozialen Bewertung und Stellung der so eingesetzten Arbeitstätigkeit und Menschenleben.

Die bürgerlichen Forderungen nach Anerkennung gleicher sozialer und politischer Rechte auf den Beitrag zu und die Teilhabe an Konsum, Produktion und Reproduktion des gegenwärtigen und zukünftigen Reichtums stoßen an die Grenzen der bürgerlichen Form dieser Rechte – des Wertes der Arbeitstätigkeit – und des Wertes des Kapitals als Maß gesellschaftlicher Produktion und Konsumtion: die Grenzen des Kapitalismus als Selbstwiderspruch von bürgerlicher Gesellschaft in industrieller Produktion.

Die politisch-strategische Vorstellung des Marxismus war, dass, um den sich wiederholenden Kreislauf von kapitalistischer Krise und Zerstörung zu durchbrechen, die Lohnarbeiter die Lohnarbeit abschaffen müssten. Es reichte nicht aus, dass die Kapitalisten den Kapitalismus zerstörten – dass Kapitalismus das Kapital zerstörte. Die eigentliche Grundlage der Reproduktion des Kapitals, die Arbeit, muss überwunden werden. Was die Gesellschaft im Kapitalismus bereits auf unbewusste und selbstentfremdete Weise tut, muss auf nicht entfremdete und selbstbewusste Weise überwunden werden. Doch dazu müsste die Arbeiterklasse es zunächst bewusst selbst vollziehen: Die Arbeiterklasse muss sich selbst den Kapitalismus politisch und gesellschaftlich zu eigen machen, bevor er überwunden werden kann. Dies war die marxistische Vorstellung von der Diktatur des Proletariats.

DER TOD DER LINKEN

Heute hat die vorgebliche „Linke“ – die selbsterklärten „Sozialisten“ – das Ziel der Diktatur des Proletariats aufgegeben, teils in Worten, teils in der Tat, wenn etwa die Diktatur des Proletariats umgedeutet wird als die Herrschaft des Kapitalismus durch politische Parteien der soziologisch verstandenen Arbeiterklasse in einem Wohlfahrts- oder Sozialstaat oder der so genannten „sozialen Demokratie“.

So hat etwa der Herausgeber der Zeitschrift *Jacobin*, Bhaskar Sunkara von den Democratic Socialists of America (DSA), kürzlich erklärt, dass es vielleicht unmöglich sei, den Sozialismus in den Vereinigten Staaten zu verwirklichen, aber was möglich sei, sei eine „soziale Demokratie“, womit er einen besseren Wohlfahrtsstaat meinte.

Aber selbst insofern Sunkara und seine *Jacobin*-Genossen immer noch behaupten, sie seien keine Sozialdemokraten, sondern eher demokratische Sozialisten, die nach etwas Größerem als dem kapitalistischen Wohlfahrtsstaat streben würden, stützen sie ihre Vorstellung davon dennoch auf eine frühere Liquidierung des Marxismus im 20. Jahrhundert. Ralph Miliband zum Beispiel – wie auch der Aufsatz „Unser Weg zur Macht“ von dem Herausgeber der *Jacobin*-nahen Zeitschrift *Catalyst*, Vivek Chibber – ist ein wichtiger Einfluss für *Jacobin*. Chibber stellt hier das politische Programm der aktuellen DSA dem älteren Marxismus von Kautsky, Luxemburg und Lenin gegenüber.

Miliband wiederum vertrat die Auffassung, dass der Staat im 20. Jahrhundert als Akteur im Kapitalismus viel wichtiger geworden sei und dass die Arbeiterklasse weniger sozial und politisch ausgegrenzt sei als zur Zeit des klassischen Marxismus, sodass die Arbeiterklasse auf eine politische Beteiligung am kapitalistischen Staat, etwa durch in die Regierung gewählte Arbeiterparteien, weder verzichten könne noch solle. Die Arbeiterklasse ist demzufolge angeblich nicht mehr von der politischen Macht im Kapitalismus ausgeschlossen.

Natürlich ist dies heute, nach einer Generation – 40 bis 50 Jahre Neoliberalismus – weit weniger plausibel als in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, als Miliband seine Perspektive formulierte.

Aber selbst, wenn man Miliband – und den aktuellen DSA – diesen Punkt zugestehen würde: Das Problem ist die Identifizierung von Arbeitern oder Arbeiterparteien mit sozialistischer Politik und des Regierens im kapitalistischen Staat mit der Diktatur des Proletariats.

Auf dem Spiel steht dabei die marxistische Auffassung der Diktatur des Proletariats als Übergang zum Sozialismus, die nicht identisch mit dem Sozialismus ist. Es ist nicht nur politische Ausgrenzung, die eine Revolution notwendig macht. Es geht um die Möglichkeit, den

Sozialismus schrittweise aus dem Kapitalismus heraus, durch zunehmende staatliche Kontrolle über den und den Ausbau von sozialer Fürsorge innerhalb des Kapitalismus, zu entwickeln.

Historisch gesehen hat dies nicht dazu geführt, dass die Arbeiterklasse den Kapitalismus in den Sozialismus verwandelt hat, sondern vielmehr dazu, dass sich nominell „sozialistische“ Parteien in politische Parteien verwandelt haben, die den Kapitalismus verwalten, und die sozialen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zu Anhängseln des kapitalistischen Staates wurden.

Da der Kapitalismus keineswegs ununterbrochen von der Arbeiterklasse und vorgeblich „sozialistischen“ Parteien regiert wurde, scheint die hypothetische Reformierung des Kapitalismus in den Sozialismus nicht endgültig widerlegt zu sein und bleibt eine verlockende Aussicht.

Während „sozialistische“ oder „kommunistische“ Parteien immer mehr als nur sozialdemokratisch sein wollten, hat sich sozialistische und sogar kommunistische Politik vielmehr auf die Sozialdemokratie oder den kapitalistischen Sozialstaat reduziert. Dies wurde als „Verrat“ am Sozialismus durch diese Parteien bezeichnet und hat neue Bewegungen für den Sozialismus hervorgerufen, z. B. durch die Neue Linke der 1960er- und 1970er-Jahre. Und auch in jüngerer Zeit hatten während der Krise der Großen Rezession neue „linke“ Bewegungen und Parteien wie SYRIZA in Griechenland und Podemos in Spanien zumindest in Wahlen kurze Aufschwünge. Sie bezeichneten sich als sozialistisch und stellten sich in Gegensatz zu bestehenden sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Darüber hinaus gab es die Phänomene der „sozialistischen“ Führung der Labour-Partei durch Jeremy Corbyn und die Kampagne von Bernie Sanders für die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei in den USA. Sie alle versprochen den „demokratischen Sozialismus“, zumindest für die Zukunft, auch wenn damit nicht mehr als Gegenmaßnahmen zur Erosion des Wohlfahrtsstaates in der letzten Generation des neoliberalen Kapitalismus propagiert wurden.

Es gibt natürlich auch das Gegenbeispiel des 20. Jahrhunderts, den „undemokratischen Sozialismus“ in der Sowjetunion und den damit verbundenen Ländern. Auch wenn die jüngste Welle des „Sozialismus“ der Millennial Linken in ihren sozialdemokratischen Bestrebungen vom Schatten des Neo-Stalinismus der „Tankie“-Marxisten-Leninisten begleitet wurde, richtet sich der „demokratische Sozialismus“ der neuen Sozialdemokraten nicht wirklich gegen die Bedrohung durch den stalinistischen, autoritären Sozialismus des Kommunismus. Dieser bleibt aber ein Hindernis für ein echtes Verständnis der ursprünglichen marxistischen Vorstellung der Diktatur des Proletariats.

Der Stalinismus wird als autoritärer Wohlfahrtsstaat

gesehen, dem ein „demokratischerer“ entgegengesetzt werden soll. Dabei wird übersehen, dass der Stalinismus demokratisch war (und bleibt) – vielleicht ebenso oder sogar noch demokratischer als die kapitalistische Demokratie – (siehe etwa Kuba), aber weniger liberal als die (angeblich) liberale Demokratie des Kapitalismus.

Darin besteht das vielleicht verhängnisvollste Erbe des Stalinismus: in der Gleichsetzung von Liberalismus und Kapitalismus, als sei die bürgerliche, zivilgesellschaftliche und soziale Freiheit im Wesentlichen die individuelle „Freiheit“ sozialer Verantwortungslosigkeit (sei es durch einzelne Menschen oder durch kapitalistische Firmen als unternehmerische „Personen“) und die „Freiheit“, andere auszubeuten und zu unterdrücken.

Dabei fällt unter den Tisch, dass der Kapitalismus selbst – die Beherrschung der Gesellschaft durch die Zwänge der Kapitalproduktion und -reproduktion – die Freiheit der bürgerlichen Zivilgesellschaft untergräbt; nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für andere, einschließlich der Kapitalisten.

Die Sozialdemokraten beklagen, dass der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat noch immer dem Diktat des Kapitals unterworfen, von „Kapitalflucht“ und ähnlichem bedroht ist. Was sie damit aber adressieren sind niederträchtige Handlungen der Kapitalistenklasse und nicht die marxistische Frage nach dem Kapitalismus selbst. Frühere historische Marxisten waren sich über die wahre Natur und den Charakter des Problems sehr viel klarer und propagierten deshalb die Diktatur des Proletariats als den Anfang und nicht das Ende der politischen und sozialen Revolution. Die Diktatur des Proletariats öffnet die Tür zur Überwindung des Kapitalismus und leitet sie ein, geht aber selbst noch nicht über ihn hinaus und ist längst nicht die Verwirklichung des Sozialismus.

In der jüngsten historischen Periode ist es der Millennial Linken weder in der Theorie noch in der Praxis gelungen, die Natur und den Charakter des Problems zu erfassen, mit dem uns der Kapitalismus konfrontiert. Die Millennial Linke hat es nicht geschafft, marxistisch zu werden.

Marx argumentierte, dass der Staat ohne die Diktatur des Proletariats die „Diktatur der Bourgeoisie“ bleibt, womit er die Diktatur des Kapitals bzw. den Staat meinte, der im Interesse des Kapitals als Ganzes regiert. Das schließt die Arbeiter ein, die vom Kapital unter den heutigen Bedingungen leben und profitieren.

Im 20. Jahrhundert hat die sozialistische und kommunistische Linke die marxistische Vorstellung von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Diktatur des Proletariats historisch liquidiert, nicht zuletzt, indem sie die Gründe dafür aufgegeben und vergessen hat.

Die Propaganda der Politik des Klassenkampfes durch den historischen Marxismus wurde in den nachfolgenden Generationen mit dessen theoretischer Subs-

tanz verwechselt. Dadurch wurden Ursache und Wirkung im Kapitalismus durcheinandergebracht. Der Klassen Gegensatz und der Konflikt zwischen Arbeitern und Kapitalisten wurden missverstanden als Ursache und nicht als Wirkung des Kapitalismus und seines Widerspruchs erkannt. Der Selbstwiderspruch der Produktion des gesellschaftlichen Werts zwischen Lohn und Kapital wurde als Interessenkonflikt zwischen Arbeitern und Kapitalisten missverstanden, wobei letztere lediglich als ausbeuterische Profiteure betrachtet wurden und nicht, wie Marx es sah, als „Charaktermasken“ der größeren gesellschaftlichen Imperative des Kapitals. Der Grund, warum aber im Verständnis des Marxismus die Arbeiter an die Stelle der kapitalistischen herrschenden Klasse treten sollten, war nicht, dass sie dann die Ausbeutung abschaffen würden, sondern dass sie den Widerspruch des Kapitals politisch explizit und damit in „bewusster“ Gestalt hervorbringen würden.

Stattdessen kehrten Sozialismus und Kommunismus zu ihrer vor-marxistischen Bedeutung eines bloßen sozialen und politischen Egalitarismus zurück, der reinen Anklage gegen die politische und soziale Hierarchie und die Verteilungs- und Konsumtionsungleichheit zwischen der Arbeiterklasse und den Kapitalisten.

Die Diktatur des Proletariats, wie sie ursprünglich vom Marxismus verstanden wurde, war das politische und soziale Zwischenziel und nicht das Endziel der sozialistischen Politik im Kapitalismus. Während der Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus auch die Gleichheit der Arbeit forderte – die bürgerlichen Prinzipien vom „gleichen Rechten für alle“ auf „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“ innerhalb der Freiheit von „Liberté, Égalité et Fraternité“ in einer „freien Assoziation der Produzenten“ –, ging der Marxismus auch von der bürgerlichen und politischen Freiheit, einer liberalen Gesellschaft und einer politischen Ordnung der freiwilligen Teilhabe und Assoziation aus.

Gerade weil die bürgerliche Gesellschaft im Kapitalismus immer noch diese Freiheit in sich birgt und diesen egalitären Geist der Teilhabe verkörpert, artikuliert sich überhaupt darauf bezogene Unzufriedenheit innerhalb der Gesellschaft und entstehen soziale und politische Bewegungen gegen das Scheitern dieser Ansprüche.

Die Linke ist zerfallen, indem sie sich entweder durch den Wohlfahrtsstaat in die kapitalistische Politik integriert hat oder indem sie sich an den Zerfall der Gesellschaft im Kapitalismus durch die antinomische Opposition des antibürgerlichen Nihilismus und eines antisozialen Habitus – einschließlich des Tribalismus der kommunikativen Identitätspolitik sozialer Gruppen – angepasst hat. In jedem Fall hat sie die Aufgabe des Sozialismus und das politische Ziel des nächsten historisch notwendigen Schritts der Diktatur des Proletariats preisgegeben und vergessen: damit anzufangen, die Gesellschaft über den Kapitalismus hinauszuführen.

Das ist der Grund, warum und wie die Linke historisch gestorben ist – und warum sie auch heute noch tot ist. |P

Der vorliegende Text wurde als Teach-In auf der Platypus Midwest Regional Conference am 25. September 2021 an der Northwestern University, Evanston, Illinois (USA) vorgetragen und in der englischsprachigen Platypus Review #141 (November 2021) veröffentlicht.



Er wurde von Johannes Hauber und Jim Igor Kallenberg ins Deutsche übersetzt. Chris Cutrone ist Gründungsmitglied und Leitender Pädagoge der Platypus Affiliated Society. Das Teach-In einschließlich der darauffolgenden Diskussion kann hier angesehen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=Cn8XCyyhgVE>.

- 1 Aus dem englischen Original übernommen. Marx verwendet in den Grundrissen den Ausdruck „general intellect“, der dort von den Herausgebern mit dem Begriff des „allgemeinen Verstandes“ übersetzt wird. Ebenda findet sich in diesem Zusammenhang auch die Formulierung des „allgemeine[n] gesellschaftlichen[n] Wissen[s]“, Karl Marx: „Grundrisse der Politischen Ökonomie“, in MEW (Bd. 42), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1983, S. 602 [Anm. d. Übers.].
- 2 Chris Cutrone, Dick Howard, Shane Mage, Chris Nineham, Leo Panitch: „What is capitalism and why should we be against it?“, *Platypus Review* Nr. 129 (September 2020), online unter: <https://platypus1917.org/2020/09/01/what-is-capitalism-and-why-should-we-be-against-it/>; Cutrone: „Socialism in the 21st century“, *PR* Nr. 126 (Mai 2020), online unter: <https://platypus1917.org/2020/05/01/socialism-in-the-21st-century/>. Siehe auch: „Robots and sweatshops“, *PR* Nr. 123 (Februar 2020), online unter: <https://platypus1917.org/2020/02/01/robots-and-sweatshops/>; „Jobs and free stuff“, *PR* Nr. 124 (März 2020), online unter: <https://platypus1917.org/2020/03/01/jobs-and-free-stuff/>; „Capital and labor“, *PR* Nr. 126 (Mai 2020), online unter: <https://platypus1917.org/2020/05/01/capital-and-labor/>.
- 3 Siehe Fußnote 1 [Anm. d. Übers.].
- 4 Bei Marx im Original heißt es, dass „während der Schatzbildner nur der verrückte Kapitalist [ist], ist der Kapitalist der rationelle Schatzbildner.“ Karl Marx: „Das Kapital“, MEW (Bd. 23), Berlin 1962, S. 168 [Anm. d. Übers.].

ZIELSETZUNG DER PLATYPUS REVIEW

Überblickt man das Universum der verschiedenen Positionen und Ziele, die linke Politik heute ausmachen, so wird man den beunruhigenden Verdacht nicht los, dass sich hinter der scheinbaren Vielfalt eine grundlegende Gemeinsamkeit verbirgt: Was heute existiert, wurde auf den Trümmern dessen errichtet, was einst möglich war.

Zum Verständnis unserer Gegenwart erachten wir es für notwendig, die unüberschaubare Anhäufung von Positionen zu entwirren, um ihre Bedeutung für eine mögliche Rekonstitution emanzipatorischer Politik in der Gegenwart zu erkennen. Dafür ist es nötig zu überdenken, was eigentlich mit dem Begriff der Linken gemeint ist.

Unsere Aufgabe beginnt dort, wo wir eine grundsätzliche Desillusionierung des gegenwärtigen Zustands progressiver Politik wahrnehmen. Wir denken, dass sich diese Ernüchterung nicht einfach durch puren Willen abschütteln lässt - durch ein einfaches „Weiter so!“. Sie muss stattdessen explizit angesprochen werden und selbst als ein Objekt der Kritik zugänglich gemacht werden. Daher beginnen wir mit dem, was uns unmittelbar entgegentritt.

Die Platypus Review wird von der Einsicht motiviert, dass die Linke orientierungslos ist. Wir möchten ein Forum für ein weites Spektrum an Strömungen und Ansätzen innerhalb der Linken bieten - nicht, weil wir Inklusion und Pluralität als Selbstzweck ansehen, sondern weil wir Uneinigkeit provozieren und gemeinsame Ziele als Orte der Auseinandersetzung eröffnen wollen. Auf diesem Weg könnten die aus den alten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Anschuldigungen zum Zweck der Klärung des Objekts linker Kritik fruchtbar gemacht werden.

Die Platypus Review setzt sich zum Ziel, eine Plattform zu schaffen und zu erhalten, die eine Erforschung und Klärung von Positionen und Orientierungen, die heute innerhalb der Linken vertreten werden, möglich macht; einen Ort, an dem Fragen aufgeworfen und Diskussionen verfolgt werden können, die ansonsten nicht stattfinden würden. Solange die Beiträge eine ehrliche Bereitschaft für dieses Projekt zeigen, werden sie in unserer Diskussion berücksichtigt.

Gefördert von:



PLATYPUS VOR ORT



MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Chefredakteur

Tobias Rochlitz

Korrektorinnen und Korrektoren

Jim Igor Kallenberg

Lisa Müller

Jonas Reiber

Jan Schroeder

Betül Yildirim

Designer

Max Hörügel

Web-Editor

Lucas Burisch

Social Media Editor

Jonas Reiber

Versand

Lucas Burisch

Weitere Infos zu den
 Chaptern gibt es auf:

platypus1917.org/germany

platypus1917.org/austria

Richtlinien zur Einsendung von Beiträgen

Artikel in der Platypus Review haben normalerweise eine Länge von 5000-40.000 Zeichen (mit Leerzeichen), längere Beiträge können auch berücksichtigt werden. Für entsprechende Anfragen und Beiträge bitte eine Email an die.platypus.review@gmail.com senden.